

EINLADUNG

60. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Personal,
Wirtschaftsförderung, Informationstechnologie und Gender Mainstreaming

Gäste möchten sich bitte per E-Mail im BV-Büro (bvv@charlottenburg-wilmersdorf.de) anmelden. Sie erhalten dann die Zugangsdaten vom Büro.

Sitzungstermin: Dienstag, 14.09.2021, 17:30 Uhr

Raum, Ort: Zoom-Meeting

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme der Niederschrift der 59. Sitzung
- 3 Sachstand UCW
- 4 Finanzielle und personelle Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Bezirk und die Investitionsplanung
- 5 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung
- 6 Inklusionspreis auch auf bezirklicher Ebene **0546/5**
Fraktion DIE LINKE (Soz m. Ä angenommen, HH ffd.)
- 7 Standortentwicklung durch Quartiersmanagement in der **1208/5**
Wirtschaftsförderung
Fraktion DIE LINKE
- 8 Online-Raumvergabe in der Liegenschaft Rathaus Charlottenburg **1088/5**
2.0
CDU-Fraktion
- 9 Bürger*inneninformation und -beteiligung stärken **1670/5**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 10 „Charlottengrad“ würdigen, Städtepartnerschaft mit russischer **1675/5**
Gemeinde initiieren
Fraktion DIE LINKE
- 11 Klatschen reicht nicht – Ehrung systemrelevanter Beschäftigter **1677/5**
Fraktion DIE LINKE

- | | | |
|----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| 12 | Glasfaseranschlüsse für Schulen
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 1683/5 |
| 13 | Service-Bereich zur Erstberatung
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 1742/5 |
| 14 | Neues Bundes-Städtebauförderungsprogramm für Krisen resiliente
Zentren nutzen
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Stadt o.Ä. angenommen, HH ffd.) | 1763/5 |
| 15 | Kostenübernahme für Hausabriss auf der Parzelle 139 in der
Kolonie Hohenzollerndamm
SPD-Fraktion (Um abgelehnt, HH ffd.) | 1789/5 |
| 16 | Kiezblocks angehen und im Haushalt sichern
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 1938/5 |
| 17 | Verkehrsbehörde und Tiefbauamt für die Verkehrswende weiter
stärken
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 1939/5 |
| 18 | Verschiedenes | |
| 19 | ggf. Nichtöffentlicher Sitzungsteil
Bericht des Bezirksamtes über Verkäufe/Verkaufsabsichten von
Grundstücken und Immobilien | |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Sell
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Dieke

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0546/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Inklusionspreis auch auf bezirklicher Ebene

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, zu prüfen, ob auch im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ein Inklusionspreis an bezirkliche Arbeitgeber*innen vergeben werden kann, wenn diese Menschen mit Schwerbehinderungen vorbildlich beschäftigen oder ausbilden. Als Vorlage für die Verleihung des Inklusionspreises im Bezirk soll dabei die gleichnamige Veranstaltung auf Landesebene dienen und entsprechend den bezirklichen Strukturen und Ressourcen angepasst werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.2018 zu berichten.

Begründung:

Seit 2003 vergibt das Land Berlin jährlich den Inklusionspreis an Berliner Arbeitgeber*innen, welche Menschen mit Schwerbehinderungen vorbildlich ausbilden oder beschäftigen. Der Inklusionspreis wird in den Kategorien Kleinunternehmen, mittelständische Unternehmen und Großunternehmen verliehen.

Durch eine entsprechende Preisverleihung im Bezirk an hier ansässige Unternehmen, könnte das so wichtige Thema Inklusion noch mehr in die Öffentlichkeit getragen werden und gleichzeitig auch als Ansporn dienen, Inklusion als ganzheitliches Querschnittsthema wirklich ernst zu nehmen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Juckel/Schenker

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1208/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Standortentwicklung durch Quartiersmanagement in der Wirtschaftsförderung

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, Gewerbetreibende, Freiberufler*innen, kleine Unternehmen sowie Standort- und Interessengemeinschaften u.ä. im Bezirk durch die Bereitstellung eines Budgets in Höhe von insgesamt 10.000 Euro je Stadtteil zu stärken. Durch das Budget sollen standortnahe Projekte von kleineren ortansässigen Akteur*innen der Wirtschaft unterstützt werden.

Über die Bewilligung der Projekte entscheidet eine Jury aus unternehmerisch tätigen Bürger*innen, die im Stadtteil leben und/oder arbeiten. Die Jury ist alleiniges Entscheidungsgremium über Vergabe der Mittel. Die Mitglieder werden vom zuständigen Bezirksamtsmitglied für die bezirkliche Wirtschaftsförderung berufen.

Gewerbetreibende, Freiberufler*innen, kleine Unternehmen sowie Standort- und Interessengemeinschaften u.ä. können Anträge zur Realisierung von Projekten stellen, die der Entwicklung der (gewerblichen) Infrastruktur ihres Stadtteils dienen.

Die Budgetverwaltung erfolgt über mindestens eine zusätzliche Stelle in der bezirklichen Wirtschaftsförderung. Diese berät und unterstützt die Antragsstellenden und die Jury.

Die Wirtschaftsförderung evaluiert die Projekt- und Standortentwicklung und unterstützt das Standortmanagement durch die Erhebung von Daten (bspw. zur Struktur, zu Cluster oder zur Nutzung von Gewerbeflächen in Verbindung mit Leerstandsanalysen).

Die BVV ist in einem jährlichen Bericht über die Analysen der Entwicklung in den Stadtteilen (Arbeits- und Ausbildungsplätze, Entwicklung haushaltsnahe Dienstleistungen, Branchenmix, Entwicklungsschwerpunkte, verkehrliche Belastungen) zu informieren.

Der BVV ist bis zum 31.12.2019 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Stückler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1088/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Online-Raumvergabe in der Liegenschaft Rathaus Charlottenburg 2.0

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, die Online-Raumvergabe des Bezirksamtes insoweit zu optimieren, dass antragsstellende Personen in einem virtuellen Raumvergabe-kalender sehen können, ob zu einem bestimmten Datum und zu einer bestimmten Uhrzeit die Raumverfügbarkeit gegeben ist.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2019 zu berichten.

Begründung:

Es ist zu begrüßen, dass die Beantragung bezüglich einer Raumvergabe für die Liegenschaft Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Alle 100, mittels Online-Antrag vorgenommen werden kann. Derzeit ist die antragsstellende Person jedoch darauf angewiesen von der zuständigen bearbeitenden Stelle eine Rückmeldung auf Verfügbarkeit und Genehmigung zu erhalten. Mit einem virtuellen Raumvergabekalender kann jede antragsstellende Person schon vor Antragsstellung einsehen, ob und welcher Raum zur Verfügung steht. Eine Überschneidung von Anträgen zum gleichen Raum und Zeit wird somit weiter reduziert. Weiterhin werden Prozessschritte reduziert und Transparenz geschaffen.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1670/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Bürger*inneninformation und -beteiligung stärken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, ein Gesamtkonzept zur Bürger*innenbeteiligung zu entwickeln, welches vor allem auch die E-Partizipation berücksichtigt. Hierbei sollen insbesondere die Methoden und Kanäle der Bürger*inneninformation vor der Beteiligung an die Bedarfe der Bürger*innen angepasst werden.

Der BVV ist bis zum 31. Dezember 2020 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1675/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

"Charlottengrad" würdigen, Städtepartnerschaft mit russischer Gemeinde initiieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, eine Städtepartnerschaft mit einer russischen Stadt zu initiieren und damit die zahlreichen Bewohner*innen russischer und russisch-jüdischer Herkunft im Bezirk sichtbar zu machen.

Die Auswahl der Stadt und die Pflege der Beziehungen soll unter der Voraussetzung erfolgen, Initiativen und Engagement gegen Antisemitismus, Homophobie und LGBTI+-Feindlichkeit vor Ort zu fördern bzw. keine Partnerschaft mit Personen oder Organisationen einzugehen, die diesen Zielen entgegenstehen. Dazu wird das Bezirksamt angehalten, sich im Vorfeld mit Interessenvertretungen wie Quarteera e.V. und anderen zu beraten.

Der BVV ist bis zum 31. Dezember 2020 zu berichten.

Begründung:

In den 1920er Jahren zog es viele russische Migrant*innen nach Westeuropa und Berlin. 360.000 Jüd*innen aus dem ehemaligen Russischen Reich, die vor grassierendem Antisemitismus und den Bürgerkriegswirren flohen, fanden in Berlin ein neues Zuhause. Viele von Ihnen ließen sich in Charlottenburg-Wilmersdorf nieder. Aufgrund seiner zahlreichen russischstämmigen Bewohner*innen, russischer und jüdischer Kultureinrichtungen und Läden ist der Begriff „Charlottengrad“ für den Bezirk auch heute noch geläufig.

Mit der erstmaligen Aufnahme einer Städtepartnerschaft zu einer russischen Stadt würdigt das Bezirksamt die Lebensleistung jüdisch-russischer Migrant*innen und stellt gleichzeitig die Kulturpflege und den Austausch sicher.

Mit der Vorgabe, Initiativen und das Engagement vor Ort gegen Antisemitismus, Homophobie und LGBTI-Feindlichkeit zu fördern, leistet das Bezirksamt einen Beitrag, den Austausch auch für das Entstehen gleicher Rechte für marginalisierte Gruppen in Russland zu nutzen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/ Schenker/ Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1677/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Klatschen reicht nicht – Ehrung systemrelevanter Beschäftigter

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, eine Ehrung systemrelevanter Beschäftigter durchzuführen, die im Bezirk leben oder arbeiten – als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für ihr Engagement insbesondere während der COVID-19-Pandemie. Für ihre herausgehobenen Leistungen sollen die Beschäftigten an einem ebenso herausgehobenen Ort wie dem Schloss Charlottenburg geehrt werden.

Der BVV ist bis zum 31. Dezember 2020 zu berichten.

Begründung:

Mit dem Beginn der Covid-19-Pandemie sind die Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

Auf Bundesebene wird derzeit über eine Bonuszahlung in Höhe von 1000,- EUR diskutiert. Dieser Betrag genügt nicht mal annähernd, um der nicht erst seit Beginn der Pandemie geleisteten Arbeit der Beschäftigten in systemrelevanten Bereichen Rechnung zu tragen. Es sind insbesondere die Menschen in systemrelevanten Berufen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Und dennoch erhalten sie eine immer noch viel zu niedrige Entlohnung, die ihrer enormen Leistung unter überwiegend schlechten Arbeitsbedingungen in keiner Weise gerecht wird.

Der Bezirk steht in der gesellschaftlichen Pflicht, diese Menschen zu ehren, ihnen in einem offiziellen und öffentlichen Rahmen danke zu sagen und ihnen damit die entsprechende Anerkennung und Wertschätzung, die sie verdienen, entgegenzubringen. Klatschen allein reicht nicht!

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Özbagci

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1683/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Glasfaseranschlüsse für Schulen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich bei den zuständigen Stellen einzusetzen, um den Anschluss aller Schulen im Bezirk an das Glasfasernetz voranzubringen. Insbesondere sind hierbei Schulen zu berücksichtigen, welche keinen Breitbandanschluss besitzen. Es ist darüber hinaus zu prüfen, ob Fördermittel beispielsweise aus der Breitband-Förderung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur in Anspruch genommen werden können.

Dadurch soll gewährleistet werden, dass die Schulen für digitale edukative Lernangebote gerüstet sind und bei Bedarf bis zu 1000 Mbit/s zur Verfügung stehen.

Der BVV ist bis zum 31.11.20 zu berichten

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Koch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1742/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Service-Bereich zur Erstberatung

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, im Rathaus langfristig eine mehrsprachige Erstberatung für Einwohner*innen anzubieten und so ein Service-Bereich für alle Besucher*innen zu schaffen.

Der BVV ist bis zum 31. März 2021 zu berichten.

Begründung:

Einladend soll ein Service-Bereich mit Erstberatung und Antragsausgabe etc. geschaffen werden, welcher die Besucher*innen umfassend berät und ihnen erste Hilfestellungen bei den Verwaltungshandlungen gibt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Wieland

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1763/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Neues Bundes-Städtebauförderungsprogramm für Krisen resiliente Zentren nutzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, mit Hilfe des neuen Städtebauförderungsprogramms des Bundes "Förderung innovativer Konzepte zur Stärkung der Resilienz und Krisenbewältigung in Städten und Gemeinden" für ausgewählte, unter der Krise leidende Geschäftszentren der City West Modellprojekte zu entwickeln, die innovative und experimentelle Vorhaben umsetzen, um Resilienz stärkende und praxisnahe Konzepte für die städtebauliche Entwicklung lebendiger Zentren von morgen zu schaffen.

Die Erstellung der Konzepte soll durch entsprechende Expertenberatung und die Durchführung von Reallaboren unterlegt werden.

Der BVV ist bis zum 30.04.2021 zu berichten.

Begründung:

Entstandene städtebauliche Missstände von Zentren werden durch die aktuelle Coronakrise noch verstärkt und zeigen sich beispielsweise im Leerstand von Gewerbeflächen. Um eine lebendige Innenstadt zu erhalten müssen neue städtebauliche Konzepte gefunden werden.

Das neue, aktuell vom Haushaltsausschuss des Bundestags beschlossene Förderprogramm "Förderung innovativer Konzepte zur Stärkung der Resilienz und Krisenbewältigung in Städten und Gemeinden" ist bei der Titelgruppe „Förderung des Städtebaus“ angesiedelt und soll dazu dienen, Antworten auf die Krise der Geschäftsstraßen zu finden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Tillinger

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1789/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kostenübernahme für Hausabriss auf der Parzelle 139 in der Kolonie Hohenzollerndamm

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Kosten für den Abriss des Hauses auf der Parzelle 139 in der Kolonie Hohenzollerndamm zu übernehmen. Mit dem Vorstand der Kolonie soll über die zukünftige Nutzung der Parzelle (urban Gardening, Nutzung Schule, Kita, ect.) eine Übereinkunft getroffen werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.2021 zu berichten.

Begründung:

Die Kolonie ist nicht in der finanziellen Lage den Abriss des Hauses von ca./ max. 10.000,00€ zu finanzieren. Es macht keinen Sinn über die Situation Jahre zu diskutieren und eine Kleingartenparzelle brach liegen zu lassen. Vielmehr sollte die Parzelle schnellstmöglich in einen Zustand versetzt werden, die eine möglichst allgemeinen Nutzung möglich macht.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1938/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kiezblocks angehen und im Haushalt sichern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, im Haushalt 2022/2023 im Eckwertebeschluss als Sondertatbestand Mittel in Höhe von 200.000 Euro und zwei Personalstellen bereitzustellen, damit das Bezirksamt Kiezblocks planen und umsetzen kann, um damit die Beschlüsse der BVV hierzu umzusetzen. Zusätzlich soll das Bezirksamt sich bei den zuständigen Senatsverwaltungen für Mittel für Kiezblocks bewerben.

Dabei sind die Bereiche, wo es bereits BVV-Beschlüsse oder Vorschläge gibt, anzugehen. Hierzu gehören der Kiez um den Karl-August-Platz, die Straßen um die Schule am Rüdesheimer Platz wie das Gebiet zwischen Badensche Straße, Bundesallee und Wexstraße.

Der BVV ist bis zum 31.08.2021 zu berichten.

Begründung

Die BVV hat beschlossen, dass sie Kiezblocks im Bezirk unterstützt und diese gemeinsam mit Initiativen und Bürger*innen vor Ort umgesetzt wissen will. Damit dies geschehen kann, braucht es die entsprechenden Mittel und Personal, um das zu erreichen. Zu den Gebieten um den Kar-August-Platz, die Straßen um die Schule am Rüdesheimer Platz und den Bereich zwischen Badensche Straße, Bundesallee und Wexstraße existieren BVV-Beschlusslagen bzw. Vorschläge der dortigen Schule. Das Bezirksamt wie BVV sollten dies mit Personal und Mitteln absichern, damit die Arbeit besser fortgeführt werden kann. Auch die vom Land Berlin bereitgestellten Mittel für Kiezblocks sollten abgerufen werden, um breiter aufgestellt zu sein und gegebenenfalls mehr umsetzen zu können.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1939/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Verkehrsbehörde und Tiefbauamt für die Verkehrswende weiter stärken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt und die BVV werden gebeten, als Sondertatbestand im Eckwertebeschluß vorab den Aufbau der Verkehrsbehörde und des Tiefbauamtes weiter zu berücksichtigen, um die Ziele der Verkehrswende besser angehen zu können. Hierbei sollen Verkehrsplaner*innen eingesetzt werden, die die Ziele einer integrierten Gestaltung wie Umbau des Verkehrsraums im Sinn des Umweltverbundes aus Bahnen, Bussen, Fahrrad und zu Fuß gehen wie des Lieferverkehrs voranbringen. Das Bezirksamt soll dafür den Stellen- und Mittelbedarf erhöhen und in den kommenden Haushaltsentwurf 2022/2023 einstellen. Hierzu soll das Bezirksamt einen Titel zur Umsetzung der Verkehrswende in Höhe von 500.000 jährlich einführen und diesen die kommenden Haushalte erhöhen und fortführen.

Zudem soll das Bezirksamt darstellen, wie die Stellen attraktiver werden und besser (z.B. in den entsprechenden Fachgebieten der TU-Berlin) beworben werden können bzw. mit diesen gezielt zusammenzuarbeiten, damit ausreichend Fachkräfte gewonnen werden können.

Bei der Stellenbesetzung wie in den Projekten sind das Gender-Budgeting wie der Diversity-Aspekt zu berücksichtigen.

Der BVV ist bis zum 31.08.2021 zu berichten.

Begründung

Die Herausforderungen einer nachhaltigen Verkehrsplanung sind durch die Ziele des Klimaschutzes gelegt. Ein weiteres Ziel ist, Abgase und Lärm in der Stadt zu mindern. Durch die 15 Jahre Sparkurs des Landes Berlin und zu lange offenstehende Stellen in der Verkehrsbehörde und Tiefbauamt können viele Projekte nicht zeitnah angegangen werden. Um den Aufholprozess zu starten, soll das Bezirksamt jetzt eine höhere Anzahl

an Stellen wie Mittel festlegen und im nächsten Haushaltsentwurf 2022/2023 einstellen. Dazu bedarf es eines eigenen Titels, damit das Bezirksamt nicht auf die Gelder der Investitionsplanung oder des Erhalts der Straßeninfrastruktur angewiesen ist. Somit kann der Aufholprozess für die Verkehrswende überhaupt gelingen. Es darf nicht noch mal drei Jahre benötigen, um zwei Stellen der Verkehrsbehörde und Tiefbauamtes wie der Radplanenden dauerhaft zu besetzen.

Die Arbeitsplätze im Bezirksamt sind aktiv außen zu bewerben, um gute Fachkräfte zu gewinnen. Hierzu soll das Bezirksamt u.a. mit Ausbildungsstellen wie der TU-Berlin enger (z.B. im Rahmen des Campus Charlottenburg) zusammenarbeiten, um Fachkräfte mit den neuesten Erkenntnissen der Verkehrsforschung zu erhalten. Um verschiedene Aspekte der Mobilität zu berücksichtigen, sind das Gender-Budgeting und der Diversity-Aspekt einzusetzen, um die Stellen zu besetzen bzw. diese in den Projekten miteinfließen zu lassen.